

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 16. Januar 2003 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm  
Stadtrat Dr. Küntzer (ab Ziffer 1)  
Stadtrat Rank  
Stadtrat Schardt (ab Ziffer 1)  
Stadträtin Schwab  
Stadträtin Stocker (außer Ziffer 3)  
Stadtrat Straßberger (ab Ziffer 1)  
Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul  
2. Bürgermeisterin Gold  
Stadtrat Heisel  
Stadträtin Heisel  
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene (ab Ziffer 1)  
Stadtrat Jeschke  
Stadtrat Dr. Kröckel  
Stadtrat Mahlmeister

USW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy  
Stadtrat Ley  
Stadtrat Lorenz  
Stadtrat May  
Stadtrat Müller  
Stadträtin Richter  
Stadtrat Schmidt

FBW-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Haag

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad

Stadtrat Popp

ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel

Rodamer  
Groß

Berichterstatter: Amtmann Hartner

Amtsrat Teichmann  
Dipl.-Ing. Lepelmann  
Wolfgang Zürrlein (Ziffer 6)

Protokollführerin: Verwaltungsfachwirtin Rose

Entschuldigt fehlten:

Stadträtin Baier  
Stadträtin Wachter

## Stadträtin Wallrapp

Feststellung gemäß § 22 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

1. Antrag von Stadtrat Müller:Verschiebung eines Tagesordnungspunktes aus der nichtöffentlichen Sitzung in die öffentliche Sitzung

Stadtrat Müller beantragt die Verschiebung des Tagesordnungspunktes 3 der nichtöffentlichen Sitzung – Gewerbegebiete Schwarzacher Straße West und Ost; Abrechnung der Erschließungskosten – in den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung. Er begründet dies mit einer bereits erfolgten Berichterstattung in der Main-Post.

Stadtrat Popp regt an, in nichtöffentlicher Sitzung darüber zu beraten und das Ergebnis in der öffentlichen Sitzung bekanntzugeben.

Oberbürgermeister Moser stimmt dem zu und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

**Der Oberbürgermeister unterbricht die öffentliche Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.**

Oberbürgermeister Moser spricht sich gegen eine Diskussion in der Öffentlichkeit aus, da Namen und Geldbeträge genannt werden könnten.

Stadtrat Müller erklärt, dass es ihm nicht darum geht, Namen und Geldbeträge zu veröffentlichen, sondern lediglich die Gründe der späten Abrechnung der Erschließungskosten zu nennen.

Es entsteht eine Diskussion, an deren Ende Oberbürgermeister Moser über den Antrag der UsW-Fraktion, den TOP 3 der nichtöffentlichen Sitzung in den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung zu verschieben, abstimmen lässt.

**- Mit 14 : 14 Stimmen –**

Der Antrag der UsW-Fraktion auf Verschieben des TOP 3 der nichtöffentlichen Sitzung in die öffentliche Sitzung wird abgelehnt.

**Der Oberbürgermeister stellt wieder die Öffentlichkeit her.**2. Sanierung des Hallenbades

A) Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erläutert noch einmal den gefassten Beschluss des Finanzausschusses am 12.12.2002 bezüglich der Sanierung des Hallenbades. Er informiert auch über eine Grobermittlung der geschätzten Investitionskosten, der möglichen Finanzierung, einen groben Zeitplan und der vorgenommenen Veranschlagung im Entwurf des Vermögenshaushalts mit Investitionsprogramm. Er berichtet über die denkbare Struktur der Projektgruppe „Hallenbad“, wie sie sich zusammensetzt und

welche Aufgaben wer in dieser Projektgruppe leisten soll. Er bittet abschließend, den Beschluss des Finanzausschusses zum Stadtratsbeschluss zu erheben. Die Verwaltung werde dann in der Arbeitsgruppe die nötigen Zahlen und Fakten erarbeiten, die der Stadtrat benötigt, um eine Entscheidung über die Art der Sanierung des Hallenbades zu treffen (reine Sanierung oder Sanierung, Modernisierung und Attraktivitätssteigerung).

Stadtrat Popp, Bäderreferent, verweist zunächst auf die Bädersituation im Landkreis Kitzingen. Für ihn stellt sich die grundsätzliche Frage einer Sanierung oder Modernisierung und ob die Vorschriften der Energieeinsparungsverordnungen beachtet werden. Auch hält er es für sinnvoll, das Bad behindertengerecht zu gestalten und weiterhin Veranstaltungen durchzuführen.

B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen:

a) CSU-Stadtratsfraktion:

Die CSU bezieht sich zunächst auf die Konkurrenzfrage und ist der Meinung, dass dies über die Eintrittspreise geregelt werden kann. Der Projektgruppe wünscht die CSU alles Gute und viel Erfolg bei der Tätigkeit. Die CSU stimmt dem Beschluss des Finanzausschusses zu.

b) SPD-Stadtratsfraktion:

Die SPD stimmt ebenfalls zu. Wichtig für die SPD ist auch der behindertengerechte Umbau des Hallenbades. Sie bittet auch um Überprüfung, welche Kosten bei beiden Alternativen entstehen, wenn das Hallenbad mit bzw. ohne Sole geführt wird.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Für die UsW ist die Sole ein wichtiger Bestandteil des Kitzinger Hallenbades. Sie fordert auch, dass die Projektgruppe regelmäßig über den Stand der Entwicklungen informiert.

d) FBW-Stadtratsgruppe:

Die FBW bittet darum, die Zeit bis 2005 mit einer guten Überplanung zu nutzen. Auch sie besteht auf regelmäßige Berichterstattung der Projektgruppe und sieht die Sole als wichtigen Bestandteil des Kitzinger Hallenbades an. Die FBW stimmt zu.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Die KIK stimmt zu.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt bittet darum, beide Varianten eingehend zu prüfen. Hinsichtlich des Wellnessbereiches bittet sie, diesen vorzuziehen, falls dies bautechnisch möglich ist. Sie stimmt dem Finanzausschussbeschluss zu.

C) Stadträtin Schwab bittet um Überprüfung, ob eine Reparatur des Daches des Hallenbades noch bis 2005 hinauszuzögern ist.

D) – **Mit 28 : 0 Stimmen** –

1. Von der Präsentation des Hallenbad-Gutachtens wird Kenntnis genommen.
2. Die Sanierung bzw. Modernisierung des Bades erfolgt ab dem Jahre 2005, wobei der Sanierungsumfang noch näher festgelegt wird.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis der Sanierungsvarianten
  - a) Reine Sanierung (ohne Modernisierung und Attraktivitätssteigerung)
  - b) Modernisierung, Attraktivitätssteigerung (im Umfang des Gutachtens)

folgende Daten alternativ für beide Varianten zu ermitteln:

- Investitionskosten
- mögliche Zuschüsse
- künftige Betriebskosten
- künftige Einnahmen

Bei der Berechnung der künftigen Betriebskosten und Einnahmen ist zu trennen

- Verpachtung Cafeteria sowie Sauna und Wellness
- Eigenbetrieb Cafeteria sowie Sauna und Wellness

4. Ein Angebot eines Privatinvestors / Privatbetreibers ist nicht einzuholen.
5. Als Projektverantwortlicher innerhalb der Verwaltung wird Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer bestimmt.
6. Dem Stadtrat ist in regelmäßigen Abständen über den Sachstand zu berichten.

### 3. Gestaltungssatzung Altstadt Kitzingen

Antrag auf Befreiung gem. § 20:

hier: Vorbaurolläden

Antragsteller: Frau M. Bach, Fischergasse (Kitzingen)

**- Mit 5 : 22 Stimmen –**

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Dem Antrag auf Ausnahme von den Festsetzungen der Gestaltungssatzung Altstadt (hier: Vorbaurolläden am Anwesen Fischergasse 36) kann wegen grundsätzlicher Erwägungen nicht zugestimmt werden.

### 4. Ausbau Friedrich-Ebert-Straße;

Grundsatzbeschluss

A) Stadtrat Schardt, Stadtentwicklungsreferent, regt an, im Frühjahr eine Fotoaufnahme der Friedrich-Ebert-Straße zu machen, um die Kastanienallee festzuhalten. Auch schlägt er vor, im Kreuzungsbereich Friedrich-Ebert-Straße / Innere Sulzfelder Straße einen anderen Straßenbelag zu wählen, damit die Friedrich-Ebert-Straße zu keiner „Rennstrecke“ wird.

#### B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen:

##### a) CSU-Stadtratsfraktion:

Die CSU stimmt dem Grundsatzbeschluss zu.

##### b) SPD-Stadtratsfraktion:

Die SPD stimmt ebenfalls zu. Sie bittet allerdings noch um eine Bürgeranhörung bezüglich der Fällung der vorhandenen Bäume und der rechtzeitigen Information über die Maßnahmen.

##### c) UsW-Stadtratsfraktion:

Die UsW stimmt den meisten Punkten des Grundsatzbeschlusses zu. Auch sie besteht auf eine Anliegerversammlung bezüglich der Bäume und der Kosten, die auf

die Anwohner zukommen. Sie hält es für sinnvoll, bereits im Vorfeld über alles zu informieren. Sie regt auch noch an, die Gehwege wegen der Bäume mit Asphalt zu versehen und farblich zu markieren.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß erwidert, dass dies im Zusammenhang mit dem Maßnahmenbeschluss nochmals beraten werden kann.

d) FBW-Stadtratsgruppe:

Die FBW stimmt zu und befürwortet ebenfalls eine rechtzeitige Bürgeranhörung.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Die KIK gibt ihre Zustimmung. Auch sie spricht sich für eine rechtzeitige Anliegerversammlung aus. Die vorgeschlagene Busbucht findet sie für unnötig.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt gibt ihre grundsätzliche Zustimmung.

**C) – Mit 16 : 12 Stimmen –**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Ausbau der Friedrich-Ebert-Straße erfolgt in den Jahren 2004/2005 im direkten Anschluss an die Kanalbaumaßnahme. Auf der Grundlage des Ausbauvorschlages des Stadtbauamtes von Juli 2002 erstellt dieses einen Entwurf (inkl. Busbucht), der dem Stadtrat erneut vorzulegen ist.

**D) – Mit 27 : 1 Stimme –**

Die Friedrich-Ebert-Straße erhält beidseitig einen Parkstreifen. Die Oberfläche wird aus Betonpflaster 10/20 cm hergestellt.

**E) – Mit 23 : 5 Stimmen –**

Die restlichen Kastanienbäume in der Friedrich-Ebert-Straße werden gefällt und durch 47 neue 5-6 m hohen Bäume ersetzt.

**F) – Mit 28 : 0 Stimmen –**

1. Die Gehwege werden beim Ausbau der Friedrich-Ebert-Straße mit farbigen Betonpflaster 10/20 gepflastert. Die Breite beträgt für den nordwestlichen Gehweg ca. 2,0 m und für den südöstlichen Gehweg ca. 1,50 m. Bei der Ausschreibung wird farbiger Asphalt mit berücksichtigt.
2. Die Einfahrten werden farblich abgestimmt in Betonpflaster 10/20 hergestellt.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt mit dem Straßenbauamt eine Vereinbarung über eine Kostenbeteiligung beim Ausbau der Friedrich-Ebert-Straße abzuschließen.
4. Zur Deckung der Ausgaben werden bei HHSt. 6402.9505 Straßensanierung Friedrich-Ebert-Straße 400.000,-- € in den Haushalt 2004 und 355.000,-- € für das Jahr 2005 eingestellt. Aus dem Jahr 2002 wird ein Haushaltsrest von 25.000,- € übertragen.
5. Als Einnahmen sind in den Haushalt 2003 für das Jahr 2005 125.000,-- (HHSt. 6402.3610) als Erstattung des Straßenbauamtes und in den Jahren 2004 und 2005 jeweils 175.000,-- € bei HHSt. 6402.3525 für die Straßenausbaubeiträge einzustellen.

5. Nutzungsänderung Gewächshaus / Errichtung Gartenpavillon, Fl.Nr. 6763/2 Etwashausen; Tektur zur Errichtung von Stellplätzen: Wiederholung der Abstimmung aus formalen Gründen

**- Mit 20 : 8 Stimmen –**

Es bleibt beim Beschluss des Finanzausschusses vom 11.04.2002, wonach auf der Grundlage des beigefügten Rahmenplans K 4 ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll, zwischen

- Schwarzacher Str. / Richthofenstraße im Norden
- An der Farbmühle im Osten
- Bimbach im Süden
- Gartenstraße im Westen (s. Anlage 1)

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Sicherung der Bauleitplanung unverzüglich einen Satzungsentwurf für eine Veränderungssperre gem. § 14 BauGB zu erarbeiten und dem Stadtrat im Januar 2003 zur Entscheidung vorzulegen. Es besteht Einverständnis, das o.a. Vorhaben bei Vorliegen der Voraussetzungen (Inkrafttreten der Veränderungssperre) vorerst auf ein Jahr zurückzustellen.

6. EDV-Entwicklung bei der Stadt Kitzingen; Rück- und Ausblick

Wolfgang Zürrlein geht zunächst auf die Aufgabenbereiche der EDV-Abteilung ein und legt dann die Entwicklung der EDV bei der Stadt Kitzingen dar. Abschließend gibt er noch einen Ausblick auf die geplanten Projekte im Jahr 2003 und 2004.

7. Hinweise von Oberbürgermeister Moser; Termine

Er erinnert noch mal an die am 21.01.2003, 18.30 Uhr stattfindende Sondersitzung bezüglich der Einführung eines GIS-Programms hin.

Weiter verweist er auch auf den heute als Tischvorlage vorgelegten Entwurf des Verwaltungshaushalts und erinnert an den Termin hinsichtlich der Abgabe von Vorschlägen für die neue Geschäftsordnung.

8. Hinweis von Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer; Auswirkungen der Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst

Er berichtet kurz über das Ergebnis der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst und deren Auswirkungen auf den Verwaltungshaushalt der Stadt Kitzingen. Er weist darauf hin, dass diese Personalkostensteigerungen bereits im Haushaltsentwurf enthalten sind.

9. Hinweise von Oberbürgermeister Moser;

## Anfragen der ÖDP

Er erinnert an die Anfragen der ÖDP bezüglich der Überprüfung von öffentlichen bzw. nichtöffentlichen Sitzungen. Er berichtet, dass dies derzeit anhand einer Stellungnahme der Verwaltung von der Rechtsaufsichtsbehörde überprüft wird und die Verwaltung noch auf die Antwort des Landratsamtes wartet.

Des weiteren berichtet er von dem Antrag der ÖDP auf Einführung einer Rahmenvereinbarung bezüglich der Aufstellung von Mobilfunkantennen. Er weist darauf hin, dass derzeit noch Untersuchungen vorgenommen werden, das Ergebnis aber am 06.02.2003 dem Stadtrat vorgestellt wird.

### 10. Bitte von Stadtrat Weiglein: Jahresberichte und Weiteres Vorgehen Ritterstraße 20

Stadtrat Weiglein bezieht sich auf die vorgelegten Jahresberichte der Ämter. Er bittet darum, diese künftig einheitlich zu gestalten.

Als nächstes geht er auf das Anwesen Ritterstraße 20 ein und bittet um Berichterstattung der aktuellen Sachlage.

Oberbürgermeister Moser sagt dies für eine der nächsten Sitzungen und die Vorlage eines Projektplanes Museum / Archiv für den 30.01.2003 zu.

### 11. Stellungnahme von Stadtrat Müller: Grundsatzbeschluss Bodenpolitik

Stadtrat Müller bezieht sich auf den gefassten Beschluss hinsichtlich der geplanten Veränderungssperre im Zusammenhang mit der Nutzungsänderung H. Hartner. Seiner Auffassung nach verstößt die Stadt Kitzingen hiermit gegen den gefassten Grundsatzbeschluss zur Bodenpolitik. Er regt an, diesen Grundsatzbeschluss aufzuheben.

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene bittet um Übermittlung dieses Grundsatzbeschlusses an alle neuen Stadtratsmitglieder.

### 12. Hinweis von Stadtrat Ley: Hochwassersituation

Er berichtet über ein Gespräch mit den Anwohnern am Unteren Mainkai, die während des Hochwassers ihr Haus nicht verlassen konnten. Er bittet darum, beim nächsten Hochwasser den Steg nach dem Asylbewerberheim fortzuführen. Die Bewohner des Asylbewerberheimes können bei Hochwasser das Haus zur Fischergasse hin verlassen.

Oberbürgermeister Moser nimmt diesen Hinweis auf.

### 13. Anfrage von Stadtrat Konrad: Umbau behindertengerechter Aufzug im Rathaus

Stadtrat Konrad fragt nach, wann mit dem Umbau des Aufzugs im Rathaus begonnen wird und verweist in diesem Zusammenhang auf das Jahr der Behinderten 2003. Er schlägt auch vor, Dipl.Ing. Rützel hierzu in eine Sitzung zu laden.  
Oberbürgermeister Moser sagt zu, dies zu klären.

Der Oberbürgermeister schließt die öffentliche Sitzung um 19.40 Uhr.

Oberbürgermeister  
gez.  
Moser

Protokollführerin  
gez.  
Rose